



von **John Bellamy Foster, Hannah Holleman und Brett Clark** [1]

16.12.2019: Der Klimagipfel in Madrid ging zu Ende wie die vorherigen: Versprechungen aber keine Verpflichtungen. Die wurden wieder einmal auf das nächste Treffen verschoben. Dabei ist die Zeit für Verhandlungen abgelaufen. Schnelles Handeln wäre notwendig, damit die Katastrophe noch einigermaßen eingedämmt werden könnte. Aber die wichtigste Reaktion der wirtschaftlichen und militärischen Machtstrukturen im Norden auf die Klimakrise sei hauptsächlich zweifach, schreiben die John Bellamy Foster & Co.: (1) zu untersuchen, wie diese Schwachstellen im Süden neue globale Sicherheitsprobleme schaffen und (2) wie sie genutzt werden könnten, um die imperiale Vorherrschaft zu verstärken. "Der Imperialismus des 21. Jahrhunderts ist die exterministische Phase des Kapitalismus", meinen die Autor*innen in dem folgenden Artikel:

Ocean grabbing

Über Jahrhunderte hinweg haben ökologische Plünderungen durch verschiedene Formen der Enteignung und Ausbeutung in den Kolonien und Neokolonien im globalen Süden stattgefunden. Und heute sind die Auswirkungen des ökologischen Imperialismus ganz offensichtlich, was die globalen Gemeingüter angeht, d. h. die Ozeane und die Atmosphäre. Seit der Verabschiedung des Seerechts von 1982 fällt fast die Hälfte der Weltmeere unter die Zuständigkeit von Nationalstaaten, meist in "ausschließlichen Wirtschaftszonen".

Dreiundachtzig Länder, die meisten von ihnen kleine Inselnationen, aber auch größere Staaten wie Großbritannien und die Vereinigten Staaten, haben heute in ihren territorialen Hoheitsbereichen mehr Ozean als Land. Dies hat die Ausbeutung der Meeresressourcen

erleichtert. Es hat den führenden imperialistischen Nationen, die über das Kapital und die Technologie verfügen, um diese Ressourcen auszubeuten, auch in diesem Bereich die Oberhand gegeben. Diese Kernländer sind häufig in der Lage, die Kontrolle über die Peripherie zu übernehmen und die Staaten der Peripherie auszunutzen, insbesondere mit dem wirtschaftlichen Hebel, der durch die zunehmende Einführung von Privatisierungen der Ozeanwirtschaft durch die Staaten entsteht.

Das Ergebnis der letzten Jahre war das sogenannte *Ocean grabbing* ("Meeresraub"), das kleine Nationen und Fischer aussperrt und multinationalen Konzernen den Zugang ermöglicht, die dann die Gewässer überfischen und Raubbau am Meeresboden treiben. Mittlerweile erlaubt die Internationale Meeresbodenbehörde Staaten und Unternehmen, zu ihrem eigenen Nutzen Öl, Erdgas, Mineralien und Edelmetalle in und unter dem Meeresboden in internationalen Gewässern auszubeuten, obwohl es sich beim Meeresboden um "gemeinsames Erbe der Menschheit" handelt.

Als Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung erklärte Olivier de Schutter 2012, dass "Ocean grabbing – in Form von fragwürdigen Zugangsvereinbarungen, die kleinen Fischern schaden ... und der Umleitung von Ressourcen weg von der lokalen Bevölkerung – eine ebenso ernsthafte Bedrohung sein kann wie Land grabbing". Ocean grabbing ist somit ein Prozess der Einverleibung von Meeres-Gemeingut.

Das Transnationale Institut stellte 2012 fest, dass "große Flotten, die in territorialen Meereszonen operieren, Ressourcen von lokalen Fischern und der gesamten Kette von Menschen, die auf traditionelle Fischereitätigkeiten angewiesen sind, "einfangen". Die Fischereiabkommen der Europäischen Union (EU) mit Marokko, Mauritius, Mauretanien und den pazifischen Inselstaaten fördern beispielsweise diese Art der Enteignung. Globale Fischereiflotten haben ihre Kapazität seit den 1970er-Jahren auf 3,5 Millionen Schiffe verdoppelt, aber nur 1 % davon, die Industrieschiffe, machen bis zu 60 % des Fischfangs aus. Kleine Inselstaaten erhalten oft nur ein läppisches Taschengeld für den Verkauf ihrer Fischereirechte an internationale Flotten.

Industrielle Müllkippe Atmosphäre

Was manchmal als "*atmosphärisches Gemeineigentum*" bezeichnet wird, offenbart die historischen Folgen des Imperialismus auf eine gänzlich andere Weise. Der anthropogene Klimawandel, der hauptsächlich durch kumulative Kohlendioxidemissionen seit der industriellen Revolution verursacht wird, hat die Weltgemeinschaft gezwungen, ein implizites Klimabudget zu verabschieden, das auf Grenzwerten für Kohlenstoffemissionen basiert, die durch maximal akzeptable Werte der Kohlenstoffkonzentration in der Atmosphäre bestimmt werden. Das bedeutet, einen Weg zu finden, um von den derzeitigen 414 ppm Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre auf 350 ppm (parts per million, ppm) zurückzukommen und gleichzeitig um jeden Preis unter 450 ppm zu bleiben.

Ziel ist es, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur gegenüber dem vorindustriellen Niveau auf 1,5 °C zu begrenzen – wobei ein Anstieg von 2 °C (entsprechend 450 ppm) die finale Leitplanke darstellt, über die hinaus der Klimawandel wahrscheinlich irreversibel außer Kontrolle geraten wird.

Die Kohlendioxidemissionen sind kumulativ, also zählt die Menge, die jedes Land oder jede

Region beigetragen hat. Die Vereinigten Staaten, Kanada, Europa (und Eurasien), Japan und Australien haben zusammen rund 61 Prozent zur Gesamtmenge beigetragen, verglichen mit 13 Prozent für China und Indien zusammen. Weitere 7 Prozent entfallen auf Russland, 4 Prozent auf den weltweiten Schiffs- und Luftverkehr. Der gesamte Rest der Welt macht 15 Prozent der kumulierten Emissionen aus. Diese Missverhältnisse werden nur noch größer, wenn man verbrauchsabhängige und nicht produktionsbedingte Emissionen betrachtet.

Keine Luft für die Entwicklung im Süden



Aus Sicht des globalen Südens bedeutet dies, dass der atmosphärische Raum für die Nutzung fossiler Brennstoffe für ihre eigene Entwicklung bereits von den imperialistischen Ländern genutzt wurde und für die südlichen Länder nur noch sehr wenig übrig bleibt, um ihre eigene Wirtschaft zu entwickeln. Im Prinzip hatte die Klimakonvention der Vereinten Nationen im Rahmen des Kyoto-Protokolls den reichen Ländern eine viel größere Verantwortung für die Reduzierung der Kohlendioxidemissionen auferlegt, indem sie vorschrieb, dass die Annex-I-Länder ihre Emissionen drastisch reduzieren müssten, vor den Entwicklungsländern mit geringeren kumulativen Emissionen. Dennoch sind die US-Emissionen pro Kopf etwa drei Mal so hoch wie der globale Mittelwert geblieben und ihre Gesamtemissionen steigen weiter an...

"Die Länder, die am meisten von der Erwärmung betroffen sind, sind nicht diejenigen, die am meisten dafür verantwortlich sind."

Obwohl sich die Pole schneller erwärmen als andere Regionen der Erde, können die Auswirkungen in den mittleren bis niedrigen Breitengraden, insbesondere in trockenen Regionen, sehr schwerwiegend sein. Die globale Erwärmung trifft die heißeren, niedrigen Breitengrade, tropischen und subtropischen Regionen der Erde besonders hart. ... So erklärte eine wichtige Studie in Environmental Research Letters im Jahr 2011: "Die Länder, die am meisten von der Erwärmung betroffen sind, sind nicht diejenigen, die am meisten dafür verantwortlich sind. Die Tatsache, dass lokal signifikante Erwärmung zuerst in Ländern mit

niedrigen Emissionen auftritt, hat keine wirtschaftliche oder gesellschaftliche Ursache." Wie die Klimatologen James Hansen und Makiko Sato feststellten, "erzeugt der Temperaturanstieg in den Ländern mit niedrigen Breiten einen starken, überproportionalen Effekt ... Die heute üblichen Emissionen fossiler Brennstoffe führen dazu, dass einige Regionen im Nahen Osten bis zum Ende des Jahrhunderts praktisch unbewohnbar werden." Die Subtropen sind besonders anfällig für die Verschärfung der Dürre...

Ein Artikel von Noah S. Diffenbaugh und Marshall Burke, "Global Warming Has Increased Economic Inequality" ("Die globale Erwärmung hat wirtschaftliche Ungleichheit verstärkt"), in den Proceedings of the National Academy of Sciences vom 14. Mai 2019, wies darauf hin, dass "es immer mehr Beweise dafür gibt, dass ärmere Länder oder Einzelpersonen von einem sich ändernden Klima stärker betroffen sind, weil ihnen entweder die Ressourcen für den Klimaschutz fehlen oder weil sie sich in wärmeren Regionen befinden, in denen eine zusätzliche Erwärmung sowohl der Produktivität als auch der Gesundheit schaden würde".

Die Kombination von Umwelt- und Sozialfaktoren deutet darauf hin, dass es in armen Ländern einige "wärmebedingte Nachteile, gepaart mit wärmebedingten Vorteilen in einigen reichen Ländern gibt". Die Komplexität der Klimabedingungen und die Vielzahl der Gefahren, die mit einem abrupten Klimawandel einhergehen, legen nahe, dass die armen Länder im Süden zwar katastrophale Auswirkungen spüren werden, die Bedrohungen für die Länder im Norden aber keineswegs vernachlässigt werden können. Dennoch ist der wichtigste Faktor bei der Bestimmung unterschiedlicher Ergebnisse zweifellos der soziale Faktor, der mit dem größeren Reichtum und damit dem Zugang zu den Ressourcen durch den Norden zusammenhängt...

Klimakrise als imperialistisches "Sicherheitsproblem"

Angesichts der Realität des Imperialismus war die wichtigste Reaktion der wirtschaftlichen und militärischen Machtstrukturen im Norden auf die Klimakrise... hauptsächlich zweifach:

1. zu untersuchen, wie diese Schwachstellen im Süden neue globale Sicherheitsprobleme schaffen und
2. wie sie genutzt werden könnten, um die imperiale Vorherrschaft zu verstärken.

Dies wird besonders deutlich im Falle der Vereinigten Staaten, wo die neue große Strategie der Donald-Trump-Administration eine globale "Energie-Vorherrschaft" durch den Ausbau der Produktion fossiler Brennstoffe und deren Nutzung zur Förderung größerer geopolitischer und geoökonomischer Macht ist.

Das US-Militär bereitet sich unterdessen auf eine Vielzahl neuer Schwachstellen vor, insbesondere in Bezug auf Öl und Wasser, und auf Interventionen zur Sicherung der globalen Hegemonie der USA unter sich ändernden Umständen. Wirtschaftliche und militärische Interessen wirken zusammen, um Strategien zur Sicherung globaler Wertschöpfungs- und Ressourcenketten zu entwickeln, um sowohl die Festung Amerika zu stärken als auch ihre Versorgungsleitungen zu sichern – auch mit ihren Juniorpartnern in der Triade, Europa und Japan.

Diese strategische Neupositionierung des Imperialismus im Anthropozän lässt sich am besten an der Untersuchung des Wettlaufs um die Kontrolle der natürlichen Ressourcen in zwei Bereichen erkennen: fossile Brennstoffe und Wasser.

Energie-Imperialismus

...Heute, nach der Fracking-Revolution, verfolgen die Vereinigten Staaten offiziell eine Strategie der totalen Energie-Vorherrschaft im globalen Wettbewerb um fossile Brennstoffe, vor dem Hintergrund weltweiter ökologischer Störungen. Die Rolle des Klimawandels bei der Veränderung der Bedingungen der imperialen Dominanz der USA durchdringt die US-Militär- und Sicherheitsdebatte. Und obwohl die globale Erwärmung selbst nicht im offiziellen Dokument der National Security Strategy 2017 der Vereinigten Staaten erwähnt wird, weist gerade diese Abwesenheit, gepaart mit dem Beharren auf Verteidigung der "Souveränität" der USA bezüglich fossiler Brennstoffe und der Kritik an "Anti-Wachstums"-Ansätzen für fossile Energieträger, auf ihre überragende Bedeutung in der Anthropozän-Krise hin.

Der allgemeine Ansatz in militärischen und strategischen Kreisen der USA besteht darin, den Klimawandel als "Bedrohungsmultiplikator" zu betrachten, der mit Faktoren wie politischer Instabilität, negativen Auswirkungen auf Verfügbarkeit und Preise von Nahrungsmitteln, Wasser- und Energieknappheit, Ausbreitung von Krankheiten, extremen Wetterkatastrophen, Massenmigration, Unterbrechung des Seeverkehrs, wirtschaftlichem Zusammenbruch in gefährdeten Ländern und zunehmenden Bedrohungen für die globalen Lieferketten der Wirtschaft verbunden ist – insbesondere bei strategischen Rohstoffen.

Der vorherrschende Standpunkt ist der des Blicks von der Festung Amerika und ihren verschiedenen weltweiten Bastionen, die die Vereinigten Staaten (und Kanada) umfassen, ihre Militärbasen in Übersee, von denen es mehr als sechshundert gibt; ihre abhängigen Gebiete; ihre europäischen und japanischen sogenannten Verbündeten; dem Mittleren Osten, wo sie seit fast drei Jahrzehnten im ewigen Krieg sind; und ihre verschiedenen kritischen Versorgungslinien.

Washington konzentriert sich darauf, das wachsende weltweite Chaos und die Katastrophe zu nutzen, um seine eigene Agenda der Dominanz in allen Facetten voranzutreiben.

Bereits 2003 erklärte ein vom Pentagon in Auftrag gegebener Bericht über abrupten Klimawandel, dass es notwendig sei, "Vulnerabilitäts-Kennzahlen" darüber zu erstellen, welche Länder am stärksten vom Klimawandel betroffen sein würden, um es den Vereinigten Staaten zu ermöglichen, effektiv im Sinne der Wahrung ihrer eigenen geostrategischen Interessen zu handeln. Es wurde vorgeschlagen, dass unter diesen Umständen relativ wohlhabende Bevölkerungsgruppen mit reichlich natürlichen Ressourcen und Fähigkeiten zur Nahrungsmittelproduktion... dazu gebracht werden, Mauern und "Verteidigungsanlagen" um sich herum zu bauen, um massive Wellen von möglichen Migranten fernzuhalten, zweifellos im Namen der Verteidigung ihrer nationalen Souveränität.

Wie der Bericht erklärte, stellen Gewalt und Störungen, die sich aus den Belastungen durch abrupte Klimaänderungen ergeben, eine andere Art von Bedrohung für die nationale Sicherheit dar... Militärische Konfrontation kann durch einen dringenden Bedarf an natürlichen Ressourcen wie Energie, Nahrung und Wasser ausgelöst werden und nicht durch Konflikte um Ideologie, Religion oder nationale Ehre... Da die Belastbarkeit der Welt unter rauen klimatischen

Bedingungen abnimmt, wiesen die Verfasser des Berichts darauf hin, dass sich die Kriegsführung ausweiten und die Gefahr eines thermonuklearen Flächenbrands zunehmen werde.

Die Militär- und Sicherheitsliteratur in den Vereinigten Staaten hat diese allgemeine strategische Ausrichtung weiter gefördert und die Realität des Klimawandels bekräftigt, während sie sich gleichzeitig auf die Mittel zur Förderung der globalen Hegemonie der USA im Kontext der aktuellen planetarischen Notlage konzentriert hat. Damit verbunden ist die Erkenntnis, dass die Vereinigten Staaten zunächst weniger direkt von den Auswirkungen der globalen Erwärmung betroffen sein werden als die meisten anderen Länder der Welt. Washington kann sich dann darauf konzentrieren, seine globale wirtschaftliche, politische und militärische Macht unter den Umständen des wachsenden weltweiten Chaos und der Katastrophe zu nutzen, um seine eigene Agenda der Dominanz in allen Facetten voranzutreiben.

Erdgas = "Freiheitsgas"...

In dieser Hinsicht bleiben das US-Militär, der imperiale Staat und die US-Wirtschaft nach wie vor eng mit den großen US-amerikanischen Unternehmen für fossile Brennstoffe verbunden.

Dies hat zur Entwicklung einer neuen Strategie des Energieimperialismus geführt, in der die USA die Vorrangstellung, bei der die Kontrolle der Weltenergie und das Engagement für eine maximale Gewinnung fossiler Brennstoffe in den Mittelpunkt der aktuellen nationalen Sicherheitsziele gestellt wurden.

Mit der Fracking-Revolution stieg die US-Produktion von Öl und Gas massiv an, was die Barack-Obama-Regierung veranlasste, Vorschriften zu beseitigen, die den Export von US-Rohöl einschränkten. Zwischen 2015 und 2018 vervierfachten sich die US-Rohölexporte, und die Exporte von flüssigem Erdgas stiegen um das Fünfunddreißigfache. Die Vereinigten Staaten exportierten 2018 täglich zwei Millionen Barrel Rohöl, was sie zu einem der weltweit führenden Ölexporteure macht. Gleichzeitig hat die geringere Abhängigkeit von Ölimporten es ihnen ermöglicht, strenge Wirtschaftssanktionen gegen große Ölmächte zu verhängen, gegen die sie sich wenden, wie Venezuela, Iran und Russland.

Die Trump-Administration hat versucht, alle regulatorischen Beschränkungen zu beseitigen, die die Expansion der fossilen Brennstoffindustrie einschränken würden. Dies hat zu einer enormen Expansion der Produktion und Infrastruktur fossiler Brennstoffe geführt, wobei sich die Vereinigten Staaten zum weltweit führenden Produzenten von Öl und Erdgas entwickelt haben. Auch wenn in den Vereinigten Staaten und in der ganzen Welt über einen Green New Deal diskutiert wird, hat sich der Ausbau der Öl- und Gaspipelines seit 1996 weltweit verdreifacht, wobei sich über die Hälfte der laufenden Pipeline-Erweiterungsprojekte (und über ein Drittel, gemessen an der Pipelinelänge) in Nordamerika befinden, die Förderorte mit Raffinerien und Exportterminals verbinden. Die Ausbaupläne für Öl- und Gaspipelines (Bauvorbereitung und Bau) in Nordamerika belaufen sich derzeit auf 232 Milliarden US-Dollar (weltweit über 600 Milliarden Dollar), wobei der Ausbau der Öl- und Gasinfrastruktur insgesamt über 1 Billion Dollar für Nordamerika und 2,9 Billionen Dollar weltweit beträgt.

Der US-Pipeline-Boom richtet sich auf den Export, da der Ausbau der Öl- und Gasförderung weit über das hinausgeht, was der Inlandsverbrauch aufnehmen kann. Nach einem Current Policies Scenario ("Business as usual") wird die weltweite Nachfrage nach Erdgas bis 2040 im

Vergleich zu den Preisen von 2017 voraussichtlich um 55 Prozent steigen, während die Ölnachfrage um 26 Prozent steigen wird. Weltweit sind "Banken, Kapitalinvestoren und Anleihehalter dabei, über 600 Milliarden Dollar an Wetten auf ein erweitertes Pipelinesystem zu platzieren, das weltweit über 300 Pipelines in Entwicklung umfasst, mit einer erwarteten Lebensdauer von 40 Jahren oder mehr".

Laut Ted Nace, Hauptautor eines Berichts des Global Energy Monitor über die Pipeline-Blase, "bringen diese Pipelines für jeweils 40 bis 50 Jahre riesige Emissionen... Diese Pipelines sind eine Wette darauf, dass die Welt den Klimawandel nicht ernst nehmen wird, sodass die etablierte Öl- und Gasindustrie gestärkt wird... Allein in den Vereinigten Staaten würde die durch diese Pipelines ermöglichte Erdgasproduktion... bis 2040 jährlich mehr als eine halbe Milliarde Tonnen Kohlendioxid über das Niveau von 2017 hinzufügen. ExxonMobil, der führende US-amerikanische Ölmulti, hat erklärt, dass er im Jahr 2025 25 Prozent mehr Öl und Gas durch seine weltweiten Aktivitäten fördern will als im Jahr 2017.

... CO²-Moleküle = "Moleküle der US-Freiheit"

Auf der Grundlage dieses Ausbaus der Öl- und Erdgasförderung und der Pipelines hat die Trump-Administration ihre neue imperialistische Strategie der globalen Energiedominanz trotz aller Sorgen um den Klimawandel entwickelt. Wie Trump im Juni 2017 erklärte: "Wir werden dominant sein. Wir werden amerikanische Energie in die ganze Welt exportieren, in die ganze Welt", vor allem nach Asien. Die Industrie der fossilen Brennstoffe hatte die "Souveränität" der USA gerettet. Die US-Energiepolitik zielt darauf ab, nicht nur die Öl- und Gasförderung, sondern auch die Kohleförderung weltweit auszubauen. Die Vereinigten Staaten, so erklärte er, arbeiteten an der Finanzierung von ausländischen Kohlekraftwerken in der Ukraine und anderswo.

Das im Dezember 2017 veröffentlichte Dokument der US Nationalen Sicherheitsstrategie betonte, dass "Energiedominanz" – die den Vereinigten Staaten die zentrale Position in allen Aspekten der globalen Energieerzeugung und -nutzung verschafft, basierend auf der "Freisetzung" ihrer reichlich vorhandenen fossilen Energieressourcen – der Schlüssel zum Wirtschaftswachstum und zur "Bekämpfung einer Anti-Wachstums-Energieagenda, die den Interessen der US-Wirtschaft und der Energiesicherheit schadet" sei.

Michael Klare stellt fest: "Aus Sicht des Weißen Hauses führen die USA einen bedeutsamen Kampf um die globale Macht mit rivalisierenden Nationen, und es wird behauptet, dass die Fülle an fossilen Brennstoffen des Landes ihm einen entscheidenden Vorteil verschafft. Je mehr dieser Kraftstoffe Amerika produziert und exportiert, desto größer ist seine Bedeutung in einem Weltsystem des Wettbewerbs, und genau deshalb ist die Maximierung dieser Produktion bereits zu einer wichtigen Säule der nationalen Sicherheitspolitik von Präsident Trump geworden."

Diese "Militarisierung der Energiepolitik" geschieht nicht so sehr in Unkenntnis des Klimawandels oder des Aufkommens des Anthropozäns, sondern auf der Grundlage einer Wette, dass fossile Brennstoffe das Mittel zur Steigerung der imperialen Macht sind. Am 28. Mai 2019 veröffentlichte das US-Energieministerium eine Pressemitteilung, in der es Erdgas in "Freiheitsgas" umbenannte und seine Kohlendioxidmoleküle als "Moleküle der US-Freiheit" bezeichnete.

Wasserimperialismus

Eine der unmittelbarsten und tiefgreifendsten Auswirkungen des Klimawandels für die Menschen auf der ganzen Welt ist die Beschleunigung des globalen Wasserkreislaufs, der durch übermäßige Treibhausgase in der Atmosphäre verursacht wird. Im Wesentlichen, so der Wissenschaftsautor Richard A. Kerr, werden seit 1950 "nasse Orte feuchter, während trockene Orte trockener werden". Mehr heftige Stürme und übermäßige Niederschläge in Form von Überschwemmungen erhöhen das Risiko für die Landwirtschaft in feuchten Regionen. Die wachsende Bedrohung durch extreme, langfristige Dürre in vielen anderen Regionen der Welt, die Tatsache, dass die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Flächen der Welt unter hoher Bodenverschlechterung und -verlusten leidet, und die Vertreibung von Menschen aufgrund solcher anthropogenen ökologischen Katastrophen sind Anzeichen für eine erneute Ausweitung der fortschreitenden Wüstenbildung in einem beispiellosen Tempo und Ausmaß.

Die Entwaldung ist zwar ein bekannter Beitrag zum Klimawandel, hat aber auch direkte Auswirkungen auf den weltweiten Wasserkreislauf. Wälder sind maßgebliche Bestandteile des Wasserkreislaufs der Welt und sind dafür verantwortlich, dass Regionen auf der ganzen Welt lebenswichtige Niederschläge erhalten. Die weit verbreitete Entwaldung führt zum Verlust von "riesigen Flüssen von Wasser in der Luft" – gebildet aus dem Wasserdampf, der von den riesigen Wäldern der Welt in die Atmosphäre abgegeben wird, während Bäume und andere Pflanzen durch ihre Blattfeuchtigkeit ausatmen, die über komplexe Wurzelsysteme vom Boden aufgenommen wird...

Im gegenwärtigen imperialen wirtschaftlichen Kontext sind die Auswirkungen der Beschleunigung und Unterbrechung des globalen Wasserkreislaufs auf die alltägliche Wasserverfügbarkeit und Nahrungsmittelproduktion schwer genug, um zu einem erneuten Anstieg des Hungers beizutragen, insbesondere in Lateinamerika und dem größten Teil Afrikas...

In dieser neuen Ära der fortschreitenden Wüstenbildung bilden Umweltverschmutzung, nicht nachhaltige Wasserentnahmen (insbesondere für die Agrar-, Industrie- und Energieproduktion), unzureichende und versagende Infrastruktur, Abholzung und das Abschmelzen der Berggletscher der Welt – der "Wassertürme" der Welt – die Gefahren für Süßwasser- und Nahrungsmittelknappheit.

Eine in Science Advances veröffentlichte Studie aus dem Jahr 2016 ergab, dass bereits "etwa 66 % der Weltbevölkerung (4,0 Milliarden Menschen) unter schwerer Wasserknappheit leben ... mindestens in 1 Monat des Jahres ... Die Zahl der Menschen, die mindestens 4 bis 6 Monate pro Jahr mit schwerer Wasserknappheit konfrontiert sind, beträgt 1,8 bis 2,9 Milliarden ... Eine halbe Milliarde Menschen sind das ganze Jahr über mit schwerer Wasserknappheit konfrontiert ..."

Zu diesen Nöten der Schwächsten kommen noch Unternehmen und Investoren hinzu, die vom Elend profitieren, das Millionen durch das Streben nach unendlicher Akkumulation aufgezwungen wird. In Anbetracht des Renditepotenzials durch die Kontrolle der schwindenden, lebenswichtigsten Ressourcen kaufen Investoren und Unternehmen aus wohlhabenden Ländern ausländische Ackerflächen und die damit verbundenen Boni an Süßwasser auf. Die Vereinigten Staaten sind in dieser Hinsicht eines der führenden Länder. ... Der Umweltwissenschaftler Paolo D'Odorico, der geholfen hat, diese neokolonialen Trends zu dokumentieren, sagte, dass "in vielen dieser Länder die Summe des so entrissenen Wassers ausreichen würde, um die Unterernährung zu beseitigen".

Wer kontrolliert den Wasserhahn?

Diese Situation ist für Milliarden von Menschen auf der Welt eindeutig unhaltbar, was sogar Trump dazu veranlasst hat, zu erkennen, dass "Wasser das wichtigste Thema für die nächste Generation sein könnte".

Es ist kein Wunder, dass Wasserprobleme unter diesen Bedingungen, wie Wissenschaftler der George Washington University schreiben, ein "Beschleuniger der Gewalt" sind und "wissenschaftliche Literatur und Geheimdienstprognosen auch Zweifel daran geweckt haben, dass Wasserstress weiterhin mehr Kooperation als Konflikte hervorrufen wird." Ein Bericht des Center for Climate and Security beschreibt den Kampf um die Kontrolle des begrenzten Süßwassers der Welt und die "Bewaffnung des Wassers" als "Epizentren von Klima und Sicherheit" in "der neuen geostrategischen Landschaft des Anthropozäns". Mit anderen Worten, sie sind entscheidende Themen für die globale Sicherheit, die von einem sich rasch verändernden Klima auf der ganzen Welt betroffen ist.

Angesichts all dessen haben sich die außenpolitischen Analysten auf die Frage "Wer kontrolliert den Wasserhahn" konzentriert und einen aggressiveren Ansatz zur Sicherung der strategischen Interessen der USA in Bezug auf Wasser, die Integration von staatlichen und privaten Anstrengungen in Regionen auf der ganzen Welt und die Übernahme von Führungspositionen gegen das Eindringen von Wettbewerbern wie China gefordert. Sie verdeutlichen die Zentralität des Wassers und die Kontrolle wichtiger Süßwasserquellen, um sanften Druck einzusetzen und die Hegemonie in den Regionen zu festigen, insbesondere unter Bedingungen zunehmender Wasserknappheit.

Von besonderer Bedeutung ist die Kontrolle der "Wassertürme" oder Berggletscher und Quellgebiete, die mehr als die Hälfte des Süßwassers der Welt ausmachen. Diese Wasserressourcen sind ökologisch, sozial und ökonomisch maßgeblich, weil "alle großen Flüsse der Welt ihr Quellgebiet im Hochland haben und mehr als die Hälfte der Menschheit auf Süßwasser angewiesen ist, das sich in Berggebieten ansammelt".

Die Kontrolle des tibetischen Plateaus durch China und der potenzielle Konflikt mit Indien über Infrastrukturprojekte, die Wasser von nachgeschalteten Nutzern umleiten, sind besondere Anliegen.

Der Analyst Troy Sternberg schreibt, dass "die Wasserinfrastruktur in grenzüberschreitenden Umgebungen die Durchsetzung hegemonialer Rechte und Kontrolle veranschaulicht" und "die Zukunft der Wassertürme ein Machtspiel widerspiegelt, sowohl in Bezug darauf, wer in der Lage ist, das Wasser zu kontrollieren und zu manipulieren, als auch darauf, ob dieser Akteur jede Herausforderung von nachgeschalteten Anwendern abwehren kann oder nicht"...

Im Jahr 2012 veröffentlichte das U.S. Office of the Director of National Intelligence einen Bericht über die globale Wassersicherheit, in dem besondere Risiken und Chancen für die Vereinigten Staaten in Bezug auf Flusseinzugsgebiete auf der ganzen Welt beschrieben werden. Er verdeutlicht die Gefahr erhöhter Wasserprobleme in den "für die Vereinigten Staaten wichtigen" Ländern, die das Wirtschaftswachstum und die politischen Ziele der USA beeinträchtigen werden. Der Bericht beschreibt auch die Möglichkeiten, die diese Probleme für die Vereinigten Staaten, deren Fachwissen und Technologie zu ihrer Lösung bieten und für US-Unternehmen, die von steigenden Agrarexporten in Regionen profitieren werden, die aufgrund ihrer

Süßwasserknappheit weniger autark sind. Es wird betont, dass "das aktive Engagement der Vereinigten Staaten zur Lösung der Wasserprobleme den Einfluss der USA verstärken wird und anderen Akteuren, die den gleichen Einfluss auf Kosten der USA erzielen, zuvorkommen kann".

"Wasser als Chance" für US-Hegemonie

Die Betonung von "Wasser als Chance" ist ein wichtiges Thema in der von der Trump-Administration veröffentlichten Globalen Wasserstrategie 2017, in der festgestellt wird, dass "Wasser ein Einstiegspunkt ist, um demokratische Grundwerte zu fördern". Das Engagement in internationalen Wasserfragen, so wird darauf hingewiesen, ist eine gewinnbringende Gelegenheit für den privaten Sektor und ein Weg, um "globale Institutionen und Organisationen zu ermutigen, die besten Strategien und Ansätze zu fördern, die mit den Interessen der USA in Einklang stehen". Wasserkrisen werden als wichtige Möglichkeiten angesehen, die Interessen der USA durch strategische Auslandshilfe zu fördern.

Trotz der von der derzeitigen US-Regierung skizzierten Strategie weisen Analysten des Wilson Centers und andere darauf hin, dass die US-Regierung nicht genug tut. Sie schlagen vor, dass, "um eine solche strategische Ausrichtung der Wasserdiplomatie zu ermöglichen, der Präsident ein öffentlich-privates Zentrum für Wasserkonfliktprävention einrichten sollte. Dies würde einen einheitlichen Regierungsansatz mobilisieren und gleichzeitig dem Privatsektor zum Durchbruch verhelfen, die geschaffenen wirtschaftlichen Möglichkeiten zu nutzen." Eine solche Koordination durch ein etabliertes Zentrum würde, so argumentieren sie, "Hoffnung und potenzielle Möglichkeiten schaffen, das wasserbedingte Gleichgewicht der Kräfte in kritischen Regionen zu verschieben".

Die gleichen Analysten argumentieren, dass die unvermeidliche Folge, wenn man sich nicht auf Hochtouren in Wasserfragen engagiert, insbesondere im Zusammenhang mit dem Klimawandel, ein Niedergang der US-Position wäre. Sie warnen davor, dass "die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wassersicherheit Asiens die Nachbarn Chinas dazu bringen könnten, sich enger an das Land zu binden, das den Wasserhahn kontrolliert. Diese Ausrichtung könnte sowohl die Präsenz der USA in der Region untergraben als auch die Region zu einer multipolaren Führungsstruktur hinführen, die China begünstigt. Die Verteidigungs- und Sicherheitspolitiker ignorieren die Auswirkungen der Wassersicherheit in Asien auf eigene Gefahr."

Doch während US-Außenpolitik- und Sicherheitsanalysten wie Marcus D. King und Julia Burnell über "The Weaponization of Water in a Changing Climate" (den Einsatz von Wasser als Waffe in einem sich verändernden Klima) diskutieren und darauf hinweisen, ... "dass Staaten mit zunehmender Wasserknappheit Wasser als zwischenstaatliche »Waffe« einsetzen könnten", wird die Vorstellung, dass die Vereinigten Staaten als führende imperiale Macht solche Aktionen durchführen könnten, völlig außen vor gelassen. Derweil unterstützt Washington den Krieg Saudi-Arabiens im Jemen, wo das Militär in einem der wasserärmsten Länder der Welt Wasser als Waffe benutzt, indem es wiederholt Dämme, Reservoirs und Abwassereinrichtungen bombardiert hat und so 19 Millionen Menschen im Land ohne sauberes Wasser zurücklässt...

Rebellionen gegen das Aussterben

Das Versäumnis, das Thema Imperialismus im Anthropozän in den Mittelpunkt seiner Analyse zu stellen, ist die größte Schwäche der westlichen Umweltbewegung. Es wird oft anerkannt,

dass die Auswirkungen des Klimawandels und das Überschreiten der Grenzen des Planeten im Allgemeinen ihre größten Auswirkungen auf den globalen Süden haben, wo bereits Millionen Menschen unter dem Klimawandel leiden. Dies ist oft mit der globalen Ungleichheit und der langen Geschichte des Kolonialismus und Imperialismus verbunden.

Es wird auch anerkannt, dass die schädlichen Auswirkungen der globalen Erwärmung durch die globale Ungleichheit verstärkt werden.

Schließlich wird auf der linken Seite oft verstanden, dass der Klimawandel eine planetarische Angelegenheit ist und einen globalen Aufstand der Menschheit erfordert, um die kapitalistische Machtstruktur zu überwinden, die sie antreibt.

Dennoch gibt es derzeit nur sehr wenig Bewusstsein, dass der Imperialismus ... eine aktive Kraft ist, die gegen die ökologische Revolution organisiert ist und versucht, das fossile Brennstoffsystem und das gegenwärtige System der maximalen Umweltzerstörung und menschlichen Ausbeutung endlos zu verfestigen. Der Imperialismus des 21. Jahrhunderts ist in diesem Sinne die exterministische (ausrottende) Phase des Kapitalismus.

Die Tatsache, dass der Kapitalismus eine Bedrohung für das menschliche Überleben ist, macht ihn als Gesellschaftssystem obsolet.

All dies weist darauf hin, dass jede Kritik am Kapitalismus, die den Imperialismus nicht einschließt, nicht ausreicht, um unsere gegenwärtige epochale Krise zu bewältigen. Sicherlich muss jeder realistische Versuch, sich der Krise des Anthropozäns zu stellen, mit einer allgemeinen Kritik des Kapitalismus als eines Systems beginnen, das die Akkumulation von Kapital über alles andere stellt. Das ist die Wurzel des heutigen planetarischen Klimakteriums, die eine antikapitalistische Bewegung erfordert, die sich der ökologischen Nachhaltigkeit und der materiellen Gleichheit – also dem Sozialismus – widmet. Die Tatsache, dass der Kapitalismus eine Bedrohung für das menschliche Überleben ist, macht ihn als Gesellschaftssystem obsolet.



Während jedoch die Kritik am Kapitalismus der Ausgangspunkt ist, kann die Analyse nicht einfach damit aufhören; sie muss sich der Realität des verallgemeinerten Monopol-Finanzkapitals stellen, das heute auf

weltweiter Ebene operiert – und der tiefen, systematischen Aufteilung der Welt in Zentrum und Peripherie, globalen Norden und globalen Süden, die durch den Klimawandel nur noch verschärft wird. In diesem größeren imperialistischen Kontext existiert der Kapitalismus als ein tatsächlich historisches System im 21. Jahrhundert, und genau das muss bekämpft werden.

Unter diesen neuen, nicht-analogen historischen Bedingungen entsteht schnell ein aufkommendes "Gattungsbewusstsein", das auf der Identifikation mit der Menschheit als Ganzes und sogar mit anderen Arten beruht, wie der berühmte Psychologe Robert J. Lifton in seinem Buch *The Climate Swerve* beschreibt. Es ist dieses Gefühl einer gemeinsamen globalen materiellen Realität, die sich in dialektischer Form neben neuen revanchistischen nationalistischen Bewegungen, die mit derselben epochalen Krise verbunden sind, aufbaut und sich als ein wesentlicher Motivationsfaktor für die britische Bewegung der [Extinction Rebellion](#) und die [Schülerstreiks](#) in ganz Europa erwiesen hat. Vor allem unter den Jugendlichen wird immer deutlicher, dass die reichen Nationen eine historische Verantwortung für den Klimawandel tragen, die größte Fähigkeit haben, ihn zu stoppen und dass dies nicht weniger als das Schicksal der Erde und der Menschheit insgesamt betrifft... Lifton nennt das ein "Umsteuern"...

Aber ein solches Umsteuern, das sich auf die Bedürfnisse der arbeitenden Menschheit als Ganzes konzentriert (wenn es denn fruchtbar werden soll), muss erkennen, dass der Kapitalismus in seiner konkretesten, intensivsten und tödlichsten Form das imperialistische Weltsystem ist und nur so wirklich bekämpft werden kann.

Daraus folgt, dass es angesichts der gegenwärtigen existentiellen Krise keine ökologische Revolution geben kann, es sei denn, es handelt sich um eine antiimperialistische, die ihre Kraft aus der großen Masse der leidenden Menschheit bezieht. Die globale Umweltbewegung muss daher eine Bewegung zur Vereinigung der Unterdrückten sein, die von unzähligen Rebellionen gegen das Aussterben ausgeht und zur ersten wahren Internationalen der Arbeiter und Völker der Welt führt.

Die Armen werden die Erde erben, oder es wird keine Erde mehr zu erben geben.

Der Artikel wurde übernommen von [Marxistische Blätter 6_19](#).

Wir danken den Marxistischen Blättern für die Genehmigung zur Veröffentlichung auf [kommunisten.de](#)

Bei dem Text handelt es sich um einen gekürzten, in die deutsche Sprache übersetzten Auszug aus »Imperialism in the Anthropocene«, erschienen im Juli 2019 bei Monthly Review;
<https://monthlyreview.org/2019/07/01/imperialism-in-the-anthropocene/>

Fußnoten

[1] *John Bellamy Foster* ist Herausgeber der [Monthly Review](#) und Professor für Soziologie an der University of Oregon.

Hannah Holleman ist Direktorin der Monthly Review Foundation und außerordentliche Professorin für Soziologie am Amherst College.

Brett Clark ist Mitherausgeber der Monthly Review und Professor für Soziologie an der University of Utah.

Die Autoren danken *Fred Magdoff* für seine Hilfe.

mehr zum Thema auf kommunisten.de

- [Klima Killer Konzerne](#)
- [Black Friday vs. Fridays for Future](#)
- [Die Konzerne heizen kräftig ein](#)
- [Klimaprotest gegen »Klimapaket«. Alle gemeinsam für Klimaschutz und eine sozial-ökologische Wende](#)
- [VW-Superprofite durch "Klimakiller"](#)
- [Mit dieser Regierung wird das nichts mit Klimaschutz. Aber so könnte es weitergehen](#)
- [Neuer Bericht enthüllt skandalöse Lobbyarbeit der Ölmultis in der Europäischen Union](#)
- [Linksfraktion im Europaparlament: Wir drücken den Alarmknopf, um die Klimakrise zu bewältigen!](#)
- [Es ist nicht das Feuer, es ist der Kapitalismus](#)
- [Klimazerstörer beim UN-Klimagipfel](#)
- [Rezo liegt an einer Stelle daneben](#)
- [IG Metall: Mitglieder sollen sich am Klimaaktionstag am 20. September beteiligen](#)
- [Wenn die Gewerkschaften auf dem Sonnendeck der Titanic nur ...](#)
- [Elmar Altvater: Die kapitalistische Produktionsweise treibt das Klima zum Kollaps](#)